IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 149 | 24. Juni 1921 | י"ח סיון תרפ"א | Einzelnummer 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Ueber das 35 Millionen Dollar Hilfswerk des J.D.C.

Interview der „J.P.Z." mit Felix M. Warburg.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" hatte während seines kürzlichen Aufenthaltes in London Gelegenheit, mit dem auf der Rückfahrt nach Amerika begriffenen bekannten Philanthropen und hervorragenden Wohltäter des Judentums, Felix M. Warburg, eine mehrstündige Unterredung zu haben über die gegenwärtige Lage der Juden Ost- und Zentral-Europas und über die grandiosen Hilfsaktionen des „Joint Distribution Committee for the Relief of Jewish War Sufferers". Das J.D.C., das unter der unparteiischen und aufopferungsvollen Leitung von Felix M. Warburg während der letzten 6 Jahre an die durch den Krieg ins Elend geratenen Juden zweier Kontinente nahezu 36 Millionen Dollar (über 200 Millionen schweizer Franken, resp. in Kronen und Mark, in welcher Währung dieser Betrag grösstenteils verwendet wurde, mehrere Milliarden) verteilt hat, darf wohl mit Recht als das grösste Hilfswerk in der Geschichte des Judentums bezeichnet werden. Felix M. Warburg, dessen geniale Persönlichkeit und edle Charaktereigenschaften gelegentlich noch gewürdigt werden sollen, widmet, — wie sich unser Herausgeber persönlich in New York überzeugen konnte— in seiner Eigenschaft als Präsident der „Federation for the Support of Jewish Philanthropic Societies of New York" und des „Joint Distribution Committee" täglich mehrere Stunden angestrengter Arbeit — oft bis in die späten Nachtstunden hinein — dem eingehenden Studium und der Organisierung jüd. Hilfsaktionen und deren Durchführung, was umso mehr gewürdigt werden muss, als ja Warburgs kostbare Zeit als eminenter Finanzier und leitender Mitinhaber der Fa. Kuhn Loeb & Co., des vornehmsten und eines der grössten Bankinstitute Amerikas, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Zur beiläufigen Charakterisierung der hohen Stellung, die Warburg in der Finanzwelt einnimmt, seien hier nur die Nummern 129367 und 88468 bloss zweier Checks angeführt, auf die allein genanntes Bankhaus an einem einzigen Tage Dollar 111,173,000.00 auszahlte, die sich unser Herausgeber notiert hat nach einer längeren Unterredung mit Felix M. Warburg in dem grossen Sitzungssaal dieses Welthauses, der für uns Juden von besonderem Interesse ist, weil ja in demselben Saal wo die Finanzierung der grössten Eisenbahnen Amerikas stattfindet, früher unter weiland Jacob H. Schiffs und jetzt unter Warburgs Vorsitz die Sitzungen der Exekutive des J.D.C. abgehalten werden.

Auf die Frage, wie er die gegenwärtige Lage in Ost- und Zentral-Europa beurteile, bemerkte Warburg, der eben an einer Beratung der Joint-Direktoren in Wien teilgenommen hatte, mit Befriedigung, dass natürlicherweise im allgemeinen überall ein Fortschritt zum Bessern zu konstatieren sei. Was die einzelnen Hilfswerke betrifft, so habe das erste Hilfswerk des J.D.C. 1914 in Palästina begonnen, als dort die Not ihren Höhepunkt erreicht hatte. Wir haben dort, wie übrigens überall, ohne Unterschied des Glaubens hilfreich eingegriffen und dem Elend gesteuert. Den Bestrebungen des J.D.C. war es seinerzeit gelungen, von der amerikanischen Regierung die Erlaubnis zu erhalten, ein Kriegsschiff mit Medizin und Lebensmitteln nach Palästina zu entsenden. Als dann das amerikanische Rote Kreuz seine Kommission nach dem Nahen Osten sandte, wurde einer unserer Vertreter, Rabbiner Dr. Teitelbaum, dieser Kommission angeschlossen. Für die Hilfe in Palästina wurden vom J.D.C.. von Oktober 1914 bis Ende 1920 Dollar 4,858,918.86 verausgabt und ich glaube sagen zu dürfen, dass wir viel dazu beigetragen haben, das Leiden, wo immer es auch gefunden wurde, durch unsere Hilfsaktionen zu mildern.

Auf dem Balkan und dem Nahen Osten nahmen wir nach dem Brand von Saloniki an den Rettungsarbeiten in Griechenland teil und die bekannte Griechenforscherin Miss Hetty Goldman (die erst kürzlich den ehrenvollen Auftrag von der Harvard Universität erhielt, die Ausgrabungen in Griechenland zu leiten, zu deren Aufnahme sie Anfang Mai von New York abreiste „J.P.Z.") leistete, vom J.D.C. delegiert, in engster Verbindung mit dem amerikanischen Roten Kreuz in selbstloser Weise wertvollste humane Dienste, um der notleidenden Bevölkerung in den Balkanländern allenthalben Linderung zu bringen. In Griechenland, der Türkei, Serbien und Syrien wurden vom J.D.C. für Hilfsaktionen von 1914 bis Anfang 1920 zusammen Dollar 1,365,884.88, in Rumänien von 1914 bis Ende 1920 Dollar 1,811,426.07, in Bulgarien und den s. Zt. besetzten Gebieten Serbiens Dollar 26,600.00 verwendet. Dass die infolge dieser Summen ermöglichten div. Wohlfahrtsaktionen und Seuchenbekämpfungen selbstredend auch Nichtjuden zum Segen gereichten, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden.

Die grössten Ausgaben für die Hilfstätigkeit machte, wie sich dies ja von selbst erklärt, das J.D.C. in Osteuropa, wo wir den schwierigsten Problemen gegenüberstanden. Zur leichteren Ueberwindung derselben und zur besseren Organisierung und Durchführung unserer mannigfachen sanitären und charitativen Wohlfahrtseinrichtungen, sowie des ganzen weitverzweigten Hilfsapparates wurde Dr. Boris D. Bogen vom J.D.C. nach Polen und den angrenzenden Gebieten entsandt, unter dessen geschickter Leitung wir unsägliches Leid stillen konnten. Die Summen, die vom J.D.C. für das Hilfswerk nach Polen, Litauen, Lettland und den übrigen baltischen Provinzen von 1914 bis Ende 1920 geflossen sind, betragen Dollar 16,427,134.66. Bei Umrechnung in die entspre-

chende Valuta dieser Länder kann man sich leicht ein Bild von der gewaltigen Hilfsarbeit machen, die mit diesen Beträgen durchgeführt werden konnte. Die ersten Lebensmittelsendungen, die in Polen verteilt wurden, sind auf Anregung von Herbert Hoover, dem grossen und edlen Wohltäter, durch die Sendung „Westword" vorgenommen worden. Dies bedeutete gleichzeitig das erste Hand in Hand Arbeiten der amerikanischen Regierung mit dem J.D.C. Obwohl Millionenwerte an Nahrungsmitteln für die Alliierten gegen Bezahlung geliefert wurden, war diese Sendung die erste, die ohne jedes Entgelt für wohltätige Zwecke versendet werden konnte. Dieser erste Versuch, Juden und Christen in Polen zu gemeinsamen Aktionen zu vereinigen, hat viele ähnliche Aktionen zur Folge gehabt, die — wenn ein solcher Beweis noch nötig wäre — der Welt einmal mehr zeigen sollten, dass Herz und Hand der Juden unterschiedslos für leidende Menschen jeder Art stets opferbereit sind. In Polen selbst haben wir nie aufgehört, in jeder Weise eine Zusammenarbeit mit andersgläubigen Hilfsunternehmungen herbeizuführen und kein Zweig unseres weitverbreiteten Wirkens war wohl segensreicher als diese gemeinsame Aktion mit Hoover für die Ernährung und Bekleidung aller notleidenden Kinder ohne Unterschied der Konfession. Es ist hier nicht der Ort, selbstlobend hierauf näher einzugehen, aber viele unserer zurückgekehrten Berichterstatter erzählen, dass das Zusammenbringen jüdischer Kinder mit andersgläubigen in Verpflegungsanstalten durch uniforme Bekleidung und unterschiedslose Beköstigung günstige Resultate gezeitigt hat und die Kinder der verschiedenen Glaubensbekenntnisse zueinander in freundschaftliche Beziehungen gebracht hat, wie es früher nie der Fall war.

Jene Haupthilfsaktion, die das J.D.C. in Deutschland vorgenommen hat, wohin wir bis Ende 1920 Dollar 368,681.60 sandten, bestand darin, gemeinsam mit der vorzüglichen „Schweizerisch-Deutschen Hilfskommission für notleidende deutsche Kinder", der „Hilfsaktion für jüdische Auslandskinder in Zürich" und dem „Israelitischen Hilfs-Fonds in der Schweiz" den unterernährten und tuberkulösen Kindern zu ermöglichen, in der gastlichen Schweiz, in den reinen Höhen von Davos und am Vierwaldstätter See, ihre Gesundheit zurückzugewinnen. Wenn glücklicherweise bei der Durchführung dieser Wohlfahrtsaktion die Zahl der jüd. Kinder eine geringere war, so gibt uns dies nichtsdestoweniger die Genugtuung, dass die hierzu verwandten Dollar 200,000.00 der zukünftigen Generation zum Segen gereichen werden.

Unsere Aktion in Oesterreich, unterernährte Kinder nach Holland zur Aufernährung zu bringen, ist ja genügend bekannt, ebenso wie der Name der verdienstvollen Frau Anitta Müller, die diese Aktionen in so vorzüglicher Weise leitete und bei vielen Familien in dankbarster Erinnerung steht. Es würde viel zu weit führen, auf die übrigen mannigfachen Hilfeleistungen des J.D.C. in Oesterreich, in der Tschecho-Slovakei, Jugoslavien und Ungarn — in allen Ländern haben wir unsere spezielle Aufmerksamkeit hauptsächlich der Kinderfürsorge, sowie der Seuchenbekämpfung zugewandt — näher einzugehen und verweise ich hier nur darauf, dass von uns in diesen Gebieten Dollar 4,230,089.66 für das Hilfswerk aufgewendet worden sind.

In Frankreich, wo ja die Zahl der Juden nur gering ist, haben die Bessersituierten so grossen Anteil an der Hilfsarbeit genommen, dass die durchreisenden jüd. Auswanderer nicht ohne Obdach blieben. Aber selbst dort hat das J.D.C. die Initiative ergriffen. Wo immer wir auch eingriffen, war es stets unser Bestreben, die Leute zu den besten Bürgern ihres Staates zu machen und dass der Verschmelzungsprozess mit den übrigen Bewohnern vor sich geht, ohne uns dabei in ihre religiösen Angelegenheiten einzumischen.

Die Hilfstätigkeit des J.D.C. beschränkte sich jedoch nicht allein auf Europa und Palästina. Wie Sie ja wissen, verbreitete sich dieselbe auch auf Abessinien, wohin der bekannte Fallascha-Forscher, Dr. Feitlowitsch, zur Hilfeleistung von uns entsandt wurde, ebenso auf Aegypten, Algerien, Tunis, Marokko und Persien mit insgesamt über Dollar 100,000.00, ferner auf Sibirien mit nahezu einer Million Dollar. Für die Flüchtlinge, die sich in Jokohama befanden, verausgabten wir Dollar 125,002.50.

Was Russland und die Ukraine betrifft, so sandten wir dorthin bis 1920 über 5 Millionen Dollar für Hilfszwecke. Bezügl. der Notwendigkeiten in den übrigen russischen Gebieten, die ja leider der menschlichen Hilfe noch nicht genügend zugänglich gemacht worden sind, sowie um den ganzen Komplex der von uns überall in Angriff genommenen Hilfsaktionen auch nur kurz zu streifen, müssten wir die Unterredung hierüber stundenlang ausdehnen. Es gibt noch immer Zehntausende von unglücklich vertriebenen, teilweise ganz ziellos umherirrenden, verfolgten Juden, die bisher noch keineswegs den Hafen der Sicherheit erreicht haben. Soviel wir auch versucht haben, durch Gewährung von landwirtschaftlichen Krediten und durch Lieferung von Werkzeugen diese Unglücklichen zu „self-respecting and self-supporting" (sich selbstrespektierenden und sich selbst erhaltenden) Bürgern ihres Landes zu machen, so ist dieser unser Wunsch noch keineswegs erreicht. Es sind, wie Ihnen ja bekannt ist, vom J.D.C. grössere Summen bereitgestellt, um in dieser Weise den Juden dazu zu verhelfen, in ihren verschiedenen Vaterländern so nützliche und treue Bürger des Staates zu werden, wie sie es ja in vielen Ländern, wo sie dazu Gelegenheit hatten, geworden sind. Unter der Leitung von so vorzüglichen Köpfen und Herzen wie der Vorsitzende des Reconstruction Committee, Colonel Herbert H. Lehman, und des Leiters der Exekutive dieses Komitees, Herr Alexander Landesco, wird hoffentlich der Plan, den der letztere unterbreitet hat, zur Durchführung gelangen. Dieser Plan wird nicht pauperisieren, er soll kaufmännisch durchgeführt werden und wird sicherlich auch den Erfolg haben, dass der Vorwurf unserer Feinde, dass unter den Juden ein zu grosser Prozentsatz im Handelsleben stecke und keine produktive Arbeit leiste, wenigstens in der Zukunft zunichte gemacht werden wird. Ehe dieser detaillierte Plan vom Reconstruction Committee des J.D.C. angenommen ist, ist es für mich nicht am Platze, jetzt schon auf nähere Details einzugehen. Die Anregung für die rekonstruktive Arbeit, mehr noch als die selbstaufopfernde Tätigkeit kam wohl von Leutnant James H. Becker, dessen Hingebung für unsere Arbeit eine grosse Hilfe und Inspiration gewesen ist. Damit, dass ich Herrn Becker erwähnt habe, der ja in überaus tüchtiger Weise als europäischer Generaldirektor des J.D.C. die Leitung übernommen hatte, nachdem der so sehr verdienstvolle Dr. Julius Goldman nicht nur ein volles Jahr seines reifen Alters, sondern auch leider einen grossen Teil seiner Gesundheit geopfert hatte und nicht auch weitere Namen nenne, geschieht nur aus dem Wunsche heraus, um nicht mehr Raum in Ihrer so sehr geschätzten Zeitung in Anspruch zu nehmen und das ist es auch, das mich hindert, alle die Edlen und Braven mit Namen zu nennen, die in dieser schweren Zeit der Not für uns im Felde standen und von denen ja wie erinnerlich zwei, Prof. Israel Friedländer und Rabbi Bernard Cantor, durch Mörderhand in der Ukraine ihr Leben lassen mussten. Ich unterlasse es deshalb auch, auf die amerikanische Organisation und ihre Leiter, die Sie ja selbst eifrig an der Arbeit gesehen haben, einzugehen.

Wer durch Frankreichs Leichenfelder gereist ist, und wer die zahlreichen in Trauer gekleideten jüd. Mütter in Frankreich, England, Belgien, Deutschland und Oesterreich gesehen hat, deren Söhne auf den verschiedenen Schlachtfeldern ebenso tapfer wie andere Mitbürger für ihr Vaterland gefallen sind, dem drängt sich natürlich die Frage auf, warum nach all den Opfern und Leiden aus dem blutgetränkten Boden nicht mehr Sehnsucht nach Frieden und Menschenliebe hervorgewachsen ist.

Neuerlicher Aufschub der Regelung des Palästinamandates durch den Völkerbundsrat.

Auf der am 17. Juni in Genf eröffneten 13. Session des Völkerbundsrates verlas Präsident da Cunha einen Bericht, wonach die Regelung der Mandatsfrage in der letzten Session des Rates verschoben worden sei, da die Vereinigten Staaten dem Rat in einer Note mitteilten, die Mandatsfrage könne nicht ohne ihre Mitwirkung gelöst werden. Auf die Einladung, sich an der nächsten Session vertreten zu lassen, sei von den Vereinigten Staaten weder eine Antwort eingegangen, noch seien dem Rat auf irgend eine andere Weise die Ansichten der amerikanischen Regierung über diese Angelegenheit zur Kenntnis gebracht worden. Da Cunha hat die hauptsächlichsten alliierten Staaten gebeten, sich einzeln mit den Vereinigten Staaten über diese Frage zu verständigen. Da Cunha hofft, dass der Rat sein Vorgehen billigen werde. Fisher (England) erklärt sich mit der Verschiebung einverstanden und hofft, sie werde gestatten, dass der Rat über die Ansichten der Vereinigten Staaten verständigt werde. Er sei aber, ebenso wie Präsident da Cunha der Meinung, dass diese Verschiebung für die Mandatarmächte Unzukömmlichkeiten im Gefolge haben werde und spreche daher den Wunsch aus, der Rat möge die Angelegenheit noch vor der nächsten Völkerbundsversammlung behandeln.

Gemäss dem Beschluss des Völkerbundsrates wird die Prüfung aller der Gruppe A und B zugehörenden Mandate, also auch das Palästinamandat, verschoben. Die Massnahme ist allgemein für diese beiden Kategorien der Mandate, dehnt sich aber nicht auf Kategorie C aus, zu der die Insel Jap gehört, für welche Kategorie ein Beschluss bereits gefasst worden ist. In Kreisen des Völkerbundsrates hofft man, dass die Grossmächte der Einladung gemäss, die ihnen soeben zugegangen ist, baldmöglichst zu einer allgemeinen Regelung der Frage mit den Vereinigten Staaten schreiten werden.

Churchills Rede über Palästina.

Der nunmehr vorliegende Wortlaut der Parlamentsrede Churchills gibt uns die Möglichkeit, noch auf einige wichtige Aeusserungen Churchills hinzuweisen, die in der in Nr. 148 der „J.P.Z." veröffentlichten ersten Havasmeldung nicht enthalten waren und die die wohlwollende Stellungnahme Churchills noch klarer kennzeichnen. Wie bereits in Nr. 140 der „J.P.Z." berichtet worden ist, haben die jüd. Kolonien in Palästina auf Churchill einen überwältigenden Eindruck gemacht und es war allgemein der Erwartung Ausdruck gegeben worden, dass Churchill auch in seiner Parlamentsrede auf dieses Thema zurückkommen werde. In der Tat schilderte Churchill die Wunder von Rischon le Zion und fügte dem bei: Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, dass Palästina jetzt noch keine zureichende Bevölkerung hat. Jeder Besucher der jüd. Kolonien könne sich von den Leistungen der Juden überzeugen. Könne jemand, der die Arbeit der jüd. Kolonisten gesehen habe, verlangen, dass die Regierung die von ihr einmal eingenommene Stellung aufgeben soll?

Nach dem Mesopotamien und den Arabern gewidmeten Teil seiner Rede ging Churchill auf Palästina über und meinte: Bez. Palästinas haben wir im Jahre 1917 ein Versprechen von aussergewöhnlich wichtiger Tragweite gemacht; wir erklärten, dass, falls Grossbritannien siegreich sein werde, es die grössten Anstrengungen machen werde, ein jüd. nationales Heim in Palästina zu schaffen. Diese Versprechungen wurden vom Obersten Rat und in den Friedensverträgen bestätigt und in den Covenant des Völkerbundes einverleibt. Das engl. Kabinett hat einstimmig beschlossen, die Mandate über Palästina und Mesopotamien anzunehmen. Dies ist eine ernste Verantwortung. Wir sind jetzt im Besitz dieser Provinzen. Wir haben jede andere Regierungsform, die dort bestand, aufgelöst und haben Versprechungen gegeben; wir müssen jetzt alle Anstrengungen machen, um unsere Pflicht zu erfüllen und auf nüchterne und ehrenhafte Art zu handeln. Wir können nicht leichten Herzens auf diese Unternehmungen verzichten und die Bevölkerung einer Anarchie allerärgster Art überlassen, auch nicht die Juden in Palästina verlassen, dass sie von den Araben misshandelt werden. Die Unruhen in Palästina wurden gegen die zion. Bewegung und gegen unser Versprechen veranstaltet; deshalb muss unsere dortige Garnison, die aus 5000 Mann besteht, auch wirklich dort belassen werden. Auf einen Zwischenruf, ob der Völkerbund in Palästina vertreten sein wird, erklärte Churchill: Nein, wir haben dort schon auch ohne ihn genügend Verwicklungen. Es scheint ein Widerspruch vorzuliegen zwischen unserm Versprechen, den Juden ein Nationalheim in Palästina zu geben und der Verpflichtung, sich mit den Einwohnern des Mandatsgebietes zu beraten, die sofort, wenn sie repräsentative Vertretungen erhalten, es dazu ausnützen werden, die Einwanderung der Juden nach Palästina einzuschränken. Ich glaube, dass wir durch Geduld, Kaltblütigkeit und etwas Glück im Stande sein werden, unseren Weg zu finden. Das britische Imperium wurde errichtet von Optimisten und durch positive Standpunkte und nicht durch falsche Entsagungen. Die Araber seien nicht so sehr alarmiert durch die Einwanderung von 7000 Juden während des letzten Jahres, wie durch manche Erklärungen der Zionisten, die zu machen die Zionisten übrigens berechtigt sind. Sie glauben, dass man ihnen ihr Land nehmen wird und dass sie von Judenmassen überflutet werden, befinden sich jedoch diesbez. im Irrtum. Wir haben dort Herbert Samuel, einen tüchtigen, praktischen und erfahrenen liberalen Politiker, der auch ein sehr eifriger Zionist ist. Ich verfolge seine Handlungen mit dem grössten Vertrauen und werde ihm jede Unterstützung in seiner schweren Aufgabe angedeihen lassen. Palästina braucht jüd. Kapital und jüd. Arbeit. Es liegt nicht die geringste Ursache zu irgendwelchen Befürchtungen seitens der Araber vor, da die Einwanderung sorgfältig überwacht wird sowohl in bezug auf die Zahl als auch den Charakter der Einwanderer. Ich sehe keinen Grund, weshalb nicht ein ständiger Strom jüd. Immigranten ins Land gelangen soll. Wir können nie und nimmer gestatten, dass die jüd. Kolonien zerstört werden oder die zukünftige Einwanderung eingestellt werden soll, es sei denn, dass wir zugeben würden, dass das engl. Wort im Osten gar keine Bedeutung mehr hat. (Grosser Beifall.)

In der Debatte spricht Lord Winterton zu Gunsten der Araber. Man müsse gegen die Meinung ankämpfen, dass man den Arabern das Land wegnehmen und den Juden geben werde. Man solle Samuel die Möglichkeit geben, seine Pläne durchzuführen. General Townshend, der bekannte Verteidiger Kut-el-Amaras, erklärt, dass die Araber nur vor der Macht

Respekt hätten, was die engl. Verwaltung nie vergessen solle. Eine sehr warme Verteidigungsrede für den Zionismus hielt Colonel Wedgwood. Es sei nicht wahr, dass man die Garnison in Palästina nur deshalb halte, um den Zionismus zu ermöglichen. Jeder engl. Soldat in Palästina sei nötig für die Beschützung des Suezkanals. Der Hass gegen die Juden in Palästina stamme von den Effendis, die ungehalten sind, dass Juden Ideen der westlichen Zivilisation nach Palästina bringen. Die Hetze der Effendis habe die letzten Unruhen hervorgerufen. Die Verwaltung habe die Einwanderung eingestellt, was ja sozusagen eine Belohnung für den veranstalteten Pogrom darstellt. Wenn man den Effendis nachgeben wird, wird man dort eine viel grössere Garnison als 5000 Mann benötigen. Wenn man die Ausgaben nicht vergrössern wolle, so müsse man den Juden gestatten, einen Selbstschutz zu organisieren, ohne befürchten zu müssen, sie könnten die Araber attackieren. Die Juden wissen wohl, dass es für eine Minorität nicht ratsam ist, eine Majorität anzugreifen: sie seien das friedlichste Volk der Welt und sind in Palästina einer tatsächlichen Gefahr ausgesetzt, haben ja arabische Polizisten an den Ueberfällen auf die Juden teilgenommen. Churchill geniesse seine vollste Unterstützung bez. der von ihm eingenommenen Stellung. Ormsby Gore erklärt, er hätte sich überzeugt, dass der Zionismus eine praktische Politik sei. Das einzige Mittel, Palästina aufzuleben ist, jüd. Kapital, jüd. Verstand, jüd. Arbeit und jüd. Energie hinzubringen. Ormsby Gore verweist ganz besonders auch auf die Bedeutung des kulturellen Zionismus und meint, es sollten mehr sephardische Juden nach Palästina einwandern, die die Araber besser verstehen. Auch Lord Robert Cecil hat in einer wohlwollenden Rede für den Zionismus Partei genommen und ihn als gesunde Idee bezeichnet. Der einzige, der dafür war, dass England Palästina seinem eigenen Schicksal überlasse, war der Vertreter der Anti-Waste (Antiverschwendungs-) Liga, Harmsworth, der jedoch ebenfalls betonte, dass er kein Antizionist sei, jedoch meine, die Juden seien reich genug, um selbst ihr nationales Heim, wenn sie es wünschen, zu bezahlen. Nach Schluss der Debatte wurde ohne Abstimmung beschlossen, dass dem Kolonialminister die von ihm geforderten 27 Millionen Pfund bewilligt werden.

— Die „Times" analysiert in einem ausführlichen Leitartikel die Rede Churchills bez. der engl. Politik im Nahen Osten und erklärt, dass das Palästinaproblem schwieriger sei, als das mesopotamische. Die „Times" nimmt in diesem Artikel eine äusserst zionistenfreundliche Haltung ein und meint, dass ein Teil der Missverständnisse in den Zweifeln beruhe, die einige Beamte der Regierung in Palästina bez. des Zionismus und des jüd. Nationalheims haben. Samuel war, als er die Einwanderung verbot, — gegen seinen Willen — ein Opfer dieser seiner Unterbeamten. Dieses bereits beseitigte Verbot war ein grosser Fehler der Samuelschen Politik. Nicht durch solche Konzessionen an arabische Gewalt und Vorurteile könne man die Missverständnisse beseitigen, sondern bloss durch eine klare Politik bez. des Nationalheims, der alle unsere Beamten treu zugetan sein sollen. Taten reden stärker als Worte und die Einstellung der jüd. Einwanderung — möge sie momentan wie immer entschuldigt werden — könne den Arabern ihre Angst, ja sogar ihre Ueberfälle als berechtigt erscheinen lassen. Die Politik der Mandatsmacht müsse beständig, bestimmt, entschlossen und klar sein.

„Daily Chronicle" drückt als Regierungsorgan die Hoffnung aus, dass die Regierung an ihrer zion. Politik in Palästina festhalten werde. Mit Rücksicht auf die Nähe Palästinas vom Suezkanal habe das britische Imperium ein Interesse an Palästina. Niemand anders als die Juden seien im Stande, Palästina zu einem glücklichen und sich selbst verteidigenden Lande zu entwickeln.

Herbert Samuels Deklaration.

Der palästinensische Mitarbeiter der „J.P.Z." berichtet: Da der von der Zion. Org. übermittelte Auszug der von Samuel am 3. Juni gehaltenen Rede, („J.P.Z." Nr. 147) nur die politischen Aeusserungen Samuels — und auch hier fehlen einige nicht unwichtige Bemerkungen — übermittelt, sei hier in kurzem nochmals auf manche Ausführungen Samuels hingewiesen. Vor allem nahm es Wunder, dass ein von nichtjüdischer Seite stammendes Telegramm zu berichten wusste, Samuel hätte auch die ins Land gelangenden Bolschewisten erwähnt und dass dieser Passus in der zion. Fassung gänzlich fehlt. Aber auch der „Jewish Chronicle" und nach diesem die „Berliner Jüdische Rundschau" bringen diesen Passus nicht im genauen Wortlaut, wie es Samuel tatsächlich gesagt hat. Samuel erklärte: „Unter denen, die neuerdings nach Palästina gelangten, gab es eine gewisse Anzahl von Leuten und, wie mir berichtet war, war dies nur eine sehr kleine Zahl im Verhältnis zu allen Einwanderern, die die schädliche Lehre des Bolschewismus propagieren, Lehren, die allgemeine Zerstörung zur Folge haben in den Ländern, in die sie eindringen. Die Mitglieder dieser Sekte, die in Erfahrung gebracht worden sind, wurden verhaftet. Diejenigen von ihnen, die Fremde sind und die keiner Bestrafung wegen Teilnahme an den Unruhen in Jaffa unterliegen, werden ausgewiesen werden. Man wird ängstlich darauf bedacht sein, dass Leute dieser Art nicht nach Palästina gelangen."

Noch ein zweiter Passus des ursprünglich veröffentlichen Textes deckt sich nicht mit dem amtlichen Wortlaut von Samuels Rede und zwar eine Stelle, die uns Juden ganz besonders schmerzlich berührt hat, die Frage der Unmöglichkeit einer Masseneinwanderung nach Palästina. Die fehlenden wenigen, von uns unter Anführungszeichen gesetzten Worte — der Ton macht die Musik — lassen diesen Passus weniger apodiktisch erscheinen, umsomehr, als ja eben die s. Zt. getane gleichlautende Aeusserung Samuels überhaupt keinem Widerspruch begegnet ist. Samuel sagte: Was die Immigration anbelangt, „so habe ich schon in meiner Begrüssungserklärung vom 7. Juli vorigen Jahres erklärt", dass man diese den vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten anpassen müsse.

Aus dem allgemeinen einleitenden Teil sei noch folgendes wiedergegeben: Samuel bemerkte, er freue sich, über die Fortschritte im Erziehungswesen berichten zu können, die die erste Vorbedingung für den nationalen Progress bilden. Die Regierung habe einen weiten Plan ausgearbeitet, um im Laufe eines Zeitabschnittes von 4 Jahren das Land mit einem Netz von Schulen zu überziehen. Im Laufe der letzten 5 Monate wurden 34 neue Schulen in den Dörfern errichtet, worin 1360 Kinder unterrichtet werden; auch habe die Regierung 46 Schulen übernommen, die in den letzten 2 Jahren von den Dorfbewohnern errichtet worden waren. 36 weitere Schulen sollen im laufenden Budget-Jahre hinzukommen. Bis zum Sept. werden 80 Schüler und 50 Schülerinnen das Lehrer- resp. Lehrerinnenseminar verlassen können. Einer grossen Zahl von Schulen, die von religiösen und anderen Organisationen erhalten werden, werden Subventionen bewilligt. Viel habe er sich auch um Ordnung der Verhältnisse in den religiösen Gemeinden gekümmert. Nach Besprechung der muselmanischen Verhältnisse und der den Wakuf betreffenden Fragen betont Samuel, dass bei den Juden bisher keine zufriedenstellende Organisation in religiösen Angelegenheiten bestanden habe. Bei der von ihm einberufenen

Konferenz wurden 2 Oberrabbiner und ein Oberrabbinat, das sich auch auf Laien stützt, gewählt und von der Regierung als religiöse Repräsentation anerkannt. Was die allgemeine Entwicklung anbelangt, so müsste zuerst für die Verkehrswege gesorgt werden. Ohne gepflegte Strassen, Eisenbahnen, Häfen, Post, Telegraph und Telephon könne das Land nicht prosperieren. Die Eisenbahnen zeigen einen grossen Fortschritt, ebenso Post, Telegraph und Telephon. Bez. der Häfen in Jaffa und Haifa werden Expertisen von Fachleuten eingeholt. Der Einfuhr von Zuchtvieh schenkte die Regierung ihre Aufmerksamkeit. Die infolge der Teuerung erlassenen Ausfuhrverbote für die wichtigsten Lebensmittel wurden jetzt aufgehoben. Infolge der allgemeinen Weltkrise, sei es bis jetzt nicht möglich gewesen, eine Agrarbank oder eine Hypothekenbank zu gründen, obwohl dieser Frage viel Mühe und Zeit gewidmet wurde. Man habe jetzt Schritte unternommen die Erfolge versprechen. Inzwischen habe die Regierung 370,000 Pf. für landwirtschaftliche Darlehen bestimmt. Die Einnahmen der verflossenen Jahre waren äusserst zufriedenstellend und waren bedeutend grösser als zur Zeit der türkischen Regierung, obwohl die Steuern nicht erhöht, ja zum Teil sogar reduziert wurden. Er wolle noch erwähnen, dass von den Einkünften Palästinas nichts für die Ausgaben in Transjordanien verwendet werde. Es wird geplant, eine neue Polizeilegion aus den Reihen der Bevölkerung auszuheben, deren Sold höher sein soll, als der der jetzigen Polizisten und die unter der vorzüglichen Leitung und Disziplin britischer Kommandanten stehen soll. Diese Legion soll als Schutztruppe die Grenzen Palästinas vor Ueberfällen schützen und eventl. auch bei Ausschreitungen als Ergänzungsmacht dienen. Man musste jedoch den Plan der Schaffung dieser militärischen Schutztruppe vorderhand verschieben. Nach Besprechung der politischen Fragen, deren Inhalt bereits veröffentlicht wurde, schloss Samuel seine Rede mit folgenden Worten: „Ich wünsche aus der Tiefe meines Herzens, diesen Boden Palästinas, der einer der schönsten der ganzen Welt ist und das Zentrum der Gefühle der Heiligkeit für hunderte Millionen Leute, besetzt zu sehen durch ein Volk, das edel in der Tiefe seines Herzens und friedliebend ist und ganz besonders ersehne ich es mit meinem ganzen Willen, dies Land in Frieden und Ruhe sich entwickeln zu sehen, einer herrlichen und blühenden Zukunft entgegen. Mögen Regierung und Volk in ihrem Streben nach diesem Ideal sich vereinigen.“

Eine plumpe Fälschung.

Vor einiger Zeit unternahmen schweizerische Journalisten eine Informationsreise nach Ungarn, um an Ort und Stelle sich mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu machen. Trotz aller Mühen, die Verhältnisse so zu schildern, wie sie sich ihnen wirklich darstellten, ist es ihnen doch nicht gelungen, manchen ihnen unterschobenen Fälschungen zu entgehen. Ausser dem in der Chronik dieser Nummer veröffentlichten Auszug aus den Berichten des Auslandsredakteurs der „Neuen Zürcher Zeitung“ bringen wir hier ein Exzerpt aus einem Feuilleton des Luzerner „Vaterlands“, aus dem ersichtlich ist, mit welch plumpen Fälschungen die „Erwachenden Magyaren“ arbeiten. Bedauerlich ist es, dass ein schweiz. Journalist auf eine derartige Plumpheit hereinfallen konnte. Erklärt doch dieser, an der Echtheit eines Aufrufes nicht zu zweifeln, den der Zionistenbund in Paris (!?) im Jahre 1916 in Russland veröffentlichen liess, wonach kein Land den Juden leichter Untertan werden könnte als Ungarn und Galizien. Dass die Zionisten Geld sammeln, um vermittels dieses, Ungarn und Galizien der Christenbevölkerung zu entreissen, — Palästina scheinen also die Zionisten ganz vergessen zu haben — diese Behauptung würde zum Lachen reizen, wenn es nicht so tragisch wäre, dass kein Märchen zu plump und närrisch ist, um nicht geglaubt zu werden, wenn es nur ein Mittel zur Bekämpfung und Verunglimpfung des Judentums abzugeben geeignet ist.

In dem Bericht des „Vaterland“ heisst es u. a.: Der Verein der „Erwachenden Magyaren“ zählt heute bereits anderthalb Millionen Mitglieder in rund 250 Unterverbänden. Es bestehe gar kein Grund, irgendetwas abzuleugnen; 232 Menschen seien gelyncht worden. Oberst Wedgwood habe Erhebungen über den „weissen Schrecken“ gemacht. Man fragt sich, wo war Europa, als der „rote Schrecken“ in Ungarn hauste. — Der Sprecher der Schweizer-Delegation betonte, dass man in der Schweiz bis heute einen Antisemitismus nicht kenne und nicht zu kennen wünsche; dass die Schweizer im Gegenteil mit vielen Juden im besten Einvernehmen leben, weil sich das Judentum nur ausnahmsweise in die Politik des Landes einmische. Doch sei es zu verstehen, wenn sich im Osten und zumal in Ungarn Notwehraktionen als notwendig erweisen gegen eine Bedrohung der christlich-staatlichen Grundlagen, die so erschreckend in der Kommunistenzeit zum Ausdruck gekommen ist. Im Verein der „Erwachenden Ungarn“ sei den Schweizern gesagt worden: „Nur Geduld Ihr Herren Schweizer, Ihr werdet auch noch daran kommen.“ „Wir haben diese Furcht einstweilen nicht“ heisst es weiter in diesem Aufsatz. Gerade der Gegenstoss der Oststaaten könne hierin eine Warnung und Mahnung sein.

Dann zum Schluss der Clou: „Als wir Budapest verliessen, hat mir ein älterer Herr, ein Schweizer, folgendes Aktenstück in die Hand gedrückt, das uns den Verein der „Erwachenden Ungarn“ verstehen lässt. Das Aktenstück ist ein Aufruf des Zionistenbundes in Paris in der russischen Heereszeitung „Russkij Invalid“, vom 30. Dez. 1916. Der Aufruf, an dessen Echtheit zu zweifeln wir keinen Grund haben, lautet: Brüder, Glaubensgenossen! In der ganzen Welt gibt es kein Fleckchen Erde, das uns leichter Untertan werden könnte, als Ungarn und Galizien. Diese Beiden müssen bestimmt die Unsrigen werden. Bemüht euch aus allen Kräften, diese Länder in Besitz zu nehmen, verdrängt daraus die Christen und trachtet alles, was Christen noch besitzen, in eure Hände zu bekommen. — Wenn ihr hierfür nicht genügend Geldmittel habet, wird euch unser Bund soweit als möglich helfen. Für diesen Zweck veranstaltet unser Bund Sammlungen und die Opfer fliessen in unsere Kassen, um Ungarn und Galizien den Händen der Christenbevölkerung zu entreissen und ausschliesslich in unser Eigentum zu bringen. Kapitalisten der ganzen Welt opfern hiefür grosse Summen. Das Aktenstück wurde in einer Freimaurerloge gefunden, sagte man uns.“

Rückreise Weizmanns nach Europa.

Weizmann, der jetzt Westkanada besucht, soll dort bis zum 20. Juni verbleiben und sodann am 25. Juni in Begleitung von Untermeyer, des Leiters der Keren Hajessod-Arbeit in Amerika, sich nach Europa einschiffen. Wie Weizmann in Amerika erklärt hat, gedenkt er bald, nicht später als zu Rosch Haschanah, nach Amerika zurückzukehren, um dort so lange zu verbleiben — möge es auch ein Jahr oder mehr dauern — bis er das sich gesteckte Ziel erreicht hat.

Absentierung Brandeis', Macks und Genossen vom Zionistenkongress.

An einer von der bisherigen Exekutive der amerikanischen Zion. Org. einberufenen Konferenz nahmen 130 Personen teil, darunter Brandeis, Mack und Stephen Wise. Brandeis legte sein Programm dar und betonte, dass er keineswegs Misstrauen gegen Weizmann hege, aber er und seine Freunde wünschten ökonomischere Methoden und eine tüchtigere Ver-

waltung in Palästina. Nach einer längeren Diskussion beschloss die Konferenz am Zionistenkongress nicht teilzunehmen, aber diesem ein ausführliches Memorandum bez. der zukünftigen Politik der Zion. Org. in Palästina zu überreichen. Für den 4. Juli soll eine spezielle Konferenz einberufen werden, um zu beraten, wie die zukünftige Arbeit zu führen ist.

Chronik.

Polen.

— Die Abg. Grünbaum und Genossen reichten eine Interpellation ein wegen Unterdrückung des kulturellen Lebens der jüd. Bevölkerung durch Verweigerung der Registrierung der jüd. Vereine, wie auch durch Anforderung der Lokale der bereits existierenden Institutionen. In der Interpellation wird eine längere Reihe von Orten und Institutionen mit Namen angeführt, denen die Registrierung verweigert, resp. deren Lokale angefordert wurden.

— Auf einer Sitzung der parlamentarischen Konstitutionskommission stellte bei Beratung des Artikels über die Organisation der Ministerien der Abg. Grünbaum den formellen Antrag, ein besonderes Ministerium für die nationalen und religiösen Minoritäten zu schaffen. Die Diskussion über diesen Antrag wurde bis zur Behandlung der Kompetenz der einzelnen Ministerien verschoben.

— Auf der Sitzung der reichsrätlichen Justizkommission vom 17. Juni referierte in Anwesenheit eines Delegierten des Justiz- und Unterrichtsministeriums Abg. Hartglas über die Notwendigkeit der Aufhebung der Rechtsbeschränkungen, denen die nichtchristliche Bevölkerung noch unterliegt. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, sich an die Regierung zu wenden, mit dem Wunsch, diese möge bis spätestens zur ersten Sejmsitzung nach den Ferien ein Gesetzprojekt ausarbeiten und dem Reichstag überreichen, das die noch bestehenden bisherigen Rechtsbeschränkungen der nichtjüdischen Bevölkerung aufhebt.

— Dr. Nossig hat zwecks Durchführung einer polnisch-jüdischen Verständigung von Volk zu Volk den Versuch unternommen, einen polnisch-jüdischen Klub zu bilden, dem bereits mehrere polnische Politiker und Intellektuelle, meist der sogenannten früheren Aktivistengruppe angehörend, beizutreten gesonnen sind. Wie verlautet, sollen die jüd. Vertreter sich diesbez. sehr reserviert verhalten.

— Die Exekutive der P.P.S. (polnische sozialistische Partei) hat beschlossen, erneut eine besondere jüdische Fraktion zu schaffen. Auf Anfragen von Journalisten erklärte der Generalsekretär Abg. Niedzialkowski, dass alte Mitglieder der ehemaligen im Jahre 1905 gebildeten jüd. Sektion den Wunsch nach dieser Wiederherstellung geäussert hätten. Auf die Frage, ob die unter den jüd. Arbeitern herrschende nationale Strömung dieser Bildung nicht hinderlich im Wege stehen werde, erklärte Niedzialkowski, er glaube nicht, dass dies ein Hindernis sein könne, da die P.P.S. bereit sei, eine Diskussion über die Frage der nationalen Autonomie für die Juden in Polen zu eröffnen.

— Das „Lodzer Tageblatt" will aus sicherer Quelle erfahren haben, dass der bereits lange gehegte Gedanke der Gründung einer Gesellschaft mit weitgesteckten Aufgaben für die Besiedlung Palästinas auf einer Versammlung zur Ausführung gelangte, die dieser Tage beim Rabbi von Aleksandrow stattfand und auf der erwähnte Gesellschaft gegründet wurde, die auch bereits ihre Tätigkeit aufgenommen hat. An erwähnter Gesellschaft beteiligen sich angesehene Bürger mit grossen Kapitalien.

— Auf einer Sondersitzung der Warschauer Kultusgemeinde wurde der Vorschlag einer Gruppe orthodoxer Kultusvorsteher wegen Wahl eines Warschauer Oberrabbiners behandelt und eine spezielle Kommission gewählt, die bereits mit ihren Vorarbeiten für die Aufnahme eines Oberrabbiners begonnen hat. Wie verlautet, soll auch bereits ein bestimmter Rabbiner für diesen Posten designiert sein.

— In Lemberg fanden während 2 Tage unter Beteiligung von 31 Delegierten, die 23 Provinzorganisationen vertraten, Beratungen der Poale Zion Ostgaliziens statt. An der Konferenz beteiligten sich als Gäste Abg. Schipper, wie auch ein Vertreter des Poale Zion Weltverbandes. Obwohl sich die Konferenz gegen die 3. Internationale aussprach und die Thesen der Wiener Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien annahm, wurde entgegen den Bemühungen Dr. Schippers und des Delegierten des Weltverbandes in einer Resolution zwar der Beitritt zum Weltverbande Poale Zion beschlossen, jedoch unter dem Vorbehalte, dass die ostgalizische Partei Poale Zion bez. der Mitarbeit mit der Zion. Org. in der Palästinaarbeit eine negative Stellung einnehme und auch am Zionisten-Kongress teilzunehmen nicht gewillt sei.

— Unter dem Titel „Eine witzige Antwort" berichtet der Klub der jüd. Abgeordneten von einer ihm zugekommenen Antwort des Kriegsministers, Sosnkowski, auf eine Interpellation des Abg. Grünbaum, wonach es in einem Schreiben des Evidenz ffiziers des Ersatzbataillons des 26. Infanterieregimentes geheissen hat: „Die Soldaten mosaischen Glaubens sind bei der Bestimmung für oberwähnten Kurs ausgeschlossen." Minister Sosnkowski erklärt, dass diese Verordnung nicht im geringsten mit der Konstitution oder dem Versailler Vertrag im Widerspruch stehe, da sie keineswegs den Grundsätzen der Minderheitsrechte widerspreche. Es handle sich um eine einfache Disponierung, entsprechend den Anforderungen und der Art des Dienstes und der Qualifikation der einzelnen Soldaten. Die Juden besässen zu geringe polnische Bildung, weshalb sie nicht zu einem Kurs der Daktylographie herangezogen werden können.

Tschecho-slovakischer Staat.

— Auf Initiative des Vorstandes der Silleiner israel. Kultusgemeinde, hat sich in der Slovakei eine neue jüdische Partei konstituiert. Der Vorstand dieser neuen Partei hat beim bevollmächtigten Minister für die Slovakei, Dr. Micura, vorgesprochen und ihm ihr Programm vorgelegt. Die Partei stellt sich loyal auf den Boden der Tschecho-Slovakischen Republik und lehnt es ab, sich mit jenen jüd. Parteien der Slovakei zu identifizieren, die noch immer Hüter des Ungartums sind und jede positive politische Tätigkeit in der Republik hindern. Der Minister dankte dem Ausschuss für seinen Bericht und versprach der Partei die weitgehendste Unterstützung der Regierung. Der Vorstand der neuen slovakischen Partei setzt sich aus dem bereits genannten Kultuspräsidenten von Sillein, Dr. Ignaz Spirer als Vorsitzenden, dem Advokaten aus Kaschau, Dr. Hugo Tenzer, als Vizepräsidenten und dem Schriftführer Dr. Eugen Klein aus Pressburg zusammen.

Ungarn.

Konfessionelles aus Ungarn.

Der von einer Informationsreise aus Ungarn unlängst zurückgekehrte Auslandsredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung" E. Fueter widmet obiger Frage einen besonderen ausführlichen Artikel aus dem die „J. P. Z." folgenden kurzen Auszug wiedergibt: „Der Antisemitismus ist in Ungarn immer noch ein aktuelles Problem. Die Progromstimmung ist zwar so gut wie ganz abgeflaut und alle ernsthaften Leute geben sich Rechenschaft darüber, dass von staatlichen oder privaten Gewaltakten nichts zu erwarten ist. Auch wer sich auf den Standpunkt der herrschenden christlichsozialen Partei stellt und die Rolle des Juden im ungarischen Wirtschaftsleben als eine schlechthin Schädigende betrachtet, kann doch nicht leugnen, dass die israelitischen Mitbürger bis auf weiteres ganz unentbehrlich sind. Auch nur ein Boykott jüd. Geschäfte wäre lächerlich.... In der Oeffentlichkeit merkt man kaum etwas von der Belästigung der Juden. Anders sieht es allerdings hinter den Kulissen aus. Am stärksten empfunden wurde wohl die Verfügung, die den Juden plötzlich den Betrieb aller Kinos in Budapest entzog. Formell lässt sich diese Massregel, wie uns auseinandergesetzt wurde, zwar rechtfertigen (da die staatlichen Lizenzen für den Lichtspielbetrieb immer nur auf einen bestimmten Termin erteilt worden sind); aber da die Nichterneuerung der Konzessionen ausschliesslich israelitische Geschäftsinhaber betrifft, so wird sich der Eindruck einer parteiischen Intervention der Staatsgewalt zu Ungunsten der Ju-

den wohl nicht beseitigen lassen. Für die Zukunft vielleicht wirksamer dürfte sich diejenige Gegenaktion erweisen, die einen nichtjüdischen Mittelstand schaffen, oder genauer gesagt, den überwiegenden Anteil der Israeliten an den städtischen Mittelstand vermindern will. Die ungarische Regierung scheint in dieser Beziehung vor allem vieles von dem vielgenannten numerus clausus an den akademischen Lehranstalten zu erhoffen.... Ausserhalb der Städte besass das Judentum einen festen Halt, die Dorfschenke. Der Dorfwirt war bisher immer ein Jude.. Die christlich-soziale Partei sah und sieht darin eine politische Gefahr. Abgesehen davon, dass der Wirt, der meistens auch die einzige „Handlung" des Dorfes besitzt, es in der Regel versteht, den Bauern von sich ökonomisch abhängig zu machen, bildet das Wirtshaus auf dem Lande auch das natürliche, politische Diskussionszentrum, und die Stimme des Schenkenwirtes übe daher im öffentlichen Leben einen unverhältnissmässig grossen Einfluss aus. Die herrschende Partei ist hiegegen nun in der Weise eingeschritten, dass sie neben dem jüd. Wirtshause ein neues, christlich-soziales auf genossenschaftlicher Grundlage geschaffen hat, das vielfach, wie berichtet wird, den Konkurrenten zum Verlassen des Dorfes oder zur Aufgabe seines Geschäftes genötigt hat... (Die Sperrungen stammen von uns. „J.P.Z.")

Deutschland.

Berlin. - R. - Der „Berliner Lokalanzeiger" veröffentlichte am letzten Sonntag einen aufsehenerregenden Bericht über eine neue Aktion der Berliner Polizei gegen lästige Ausländer, die angeblich auf Veranlassung des neuen preussischen Innenministers Dominikus eingeleitet worden ist. Darnach habe der Dirigent der zuständigen Abteilung des Polizeipräsidiums, Dr. Weiss, alle Beamten zu sich beschieden und strenge Anweisungen gegeben, um dem „Treiben des fremdländischen Gesindels" einen Damm entgegenzusetzen. Daraufhin seien in der letzten Woche in Berlin allein 300 ausländische Verbrecher, zu 95 Prozent Ostjuden, verhaftet und in das Internierungslager in Stargard überführt worden. Das Blatt benützt die Gelegenheit, um gegen die Ausländer scharfzumachen und einer rücksichtslosen Handhabung der Internierungen das Wort zu reden. Es ist unbegreiflich, dass in einem Moment, wo gerade die skandalösen Vorfälle in Stargard enthüllt wurden, ein Blatt den Mut hat, für diese unmenschliche Praxis einzutreten. Im übrigen hat der Korrespondent der „J.P.Z." sofort Nachforschungen über den Sachverhalt angestellt und von zuständiger amtlicher Seite der Berliner Polizei die Versicherung erhalten, dass die im Lokalanzeiger veröffentlichen Daten nicht der Wahrheit entsprechen. Bei einer Anfrage in Stargard hat sich gleichfalls herausgestellt, dass dort in der letzten Woche keine neuen Internierten eingetroffen sind. Es zeigt sich also, dass die ganze Publikation nur den Zweck hat, der antisemitischen Hetze zu dienen, und den Versuch darstellt, auf die Behörden einen Druck in der Richtung der von dem Blatte gewünschten Praxis auszuüben.

— R. - Am 26. Juni findet in Berlin eine Plenarsitzung des Zentralkomitees der deutschen Zionisten statt, bei welcher Ussischkin referieren wird. Am 27. spricht Ussischkin in Berlin zum ersten Mal in grosser öffentlicher Versammlung. Auch Dr. Ruppin ist in Berlin eingetroffen.

— R. - Prof. Einstein ist von seiner Reise nach Berlin zurückgekehrt. Die grossen Ehrungen, die dem Gelehrten insbesondere in England zuteil wurden, wo ein Professor u. a. öffentlich sagte, die ganze Welt müsse Deutschland für diesen Mann dankbar sein, — haben auf die deutsche Oeffentlichkeit einen grossen Eindruck gemacht, zumal nach den wüsten antisemitischen Pöbeleien, denen Einstein in Deutschland ausgesetzt war.

— R. - Die jüdische Turnerschaft beabsichtigt in der letzten Augustwoche die Abhaltung einer Weltkonferenz in Karlsbad, an welcher die Vorstandsmitglieder sämtlicher Turnverbände aller Länder teilnehmen sollen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Gründung von Institutionen für Leibesübungen in Palästina sowie die Frage der einheitlichen Regelung der hebräischen Kommandosprache. Die Vorbereitung der Weltkonferenz hat der deutsche Kreis der Turnerschaft übernommen, das Büro ist in Berlin. Zahlreiche Länder haben bereits ihre Beteiligung zugesagt.

— Wie die „Schlesische Volkszeitung" berichtet, haben wiederholte Beschwerden über Kränkungen jüd. Schüler und Schülerinnen durch ihre Altersgenossen der Breslauer städtischen Schuldeputation Veranlassung gegeben, die Rektoren und Hauptlehrer in den Mittel-, Volks- und Hilfsschulen in einem Rundschreiben auf das Ungebührende und Unedle eines solchen Verhaltens der Schüler hinzuweisen und sie, soweit ihnen berechtigte Beschwerden jüd. Schüler bekannt werden, zu einem Einschreiten gegen die Schuldigen zu veranlassen.

Italien.

Triest, 20. Juni. - R. - Ganz allmählich gelingt es, die in Triest sich stauenden Chaluzim nach Palästina abzutransportieren. So gelang es 25 Personen, das franz. Visum zu erhalten, die sich mit dem Lastschiff „Galizia" nach Beirut einschiffen konnten. Die mit der „Helouan" am 13. Juni angelangten Kommissäre der palästinensischen Regierung haben am 14. ds. mit der Revidierung der Pässe begonnen. Sekretär Mindel amtiert täglich im Palästinaamt und legt bei der Revidierung viel Gewicht darauf, ob die Reisenden Zertifikate der Zion. Org. besitzen und ob sie gute Aussicht auf Arbeitsmöglichkeit, resp. ausreichende finanzielle Mittel nachweisen können. Am 17. Juni haben sich auf der „Helouan" zirka 65 Personen nach Palästina eingeschifft, alles Leute mit Zertifikaten oder Wohlhabende. Der englische Kommissär, der selbst Jude ist und geläufig hebräisch spricht, ist fest entschlossen, nach Palästina ausschliesslich Gutsituierte oder Fachleute, die unmittelbar dort Verwendung finden können, hineinzulassen. Man hofft, dass allen in Triest harrenden Chaluzim ihr heisser Wunsch, so rasch als möglich nach Palästina zu gelangen, erfüllt werden wird.

Belgien.

— In Antwerpen herrscht unter den polnischen und rumänischen Immigranten eine grosse Panik infolge der überraschenden Meldung, dass die Zahl der Einwanderer nach Amerika auch für den Monat Juli bereits überschritten sei und dass die Einwanderer trotz ihrer visierten Pässe nicht nach Amerika gelangen können. Bloss bei einer Schiffsgesellschaft allein sind mehr als 1000 Emigranten stecken geblieben, deren Lage verzweifelt ist, grösstenteils Ukrainer, die auch nicht heimkehren können.

Holland.

— Die Versammlung der Oberrabbiner Hollands hat u. a. auch die Mitteilungen von den Schritten des Oberrabb. Onderwyzer, die dieser unternommen hat, um eine Einigung zwischen der Zion. Org. und der Agudas Jisroel herbeizuführen, entgegengenommen. Die Rabbinerversammlung erklärt mit lebhafter Befriedigung von diesen Verhandlungen Kenntnis genommen zu haben und würde es mit grosser Freude begrüssen, wenn es zwischen diesen beiden Organisationen zu einer Uebereinstimmung kommen würde.

England.

— Auf eine Anfrage im Oberhaus erklärte der Herzog von Southerland im Namen der Regierung, dass die nichtjüdische Bevölkerung Palästinas infolge eines Missverständnisses bez. der Zahl der ins Land hineingelassenen Immigranten erregt sei. Infolge Mangels an Mitteln konnte eine Reihe geplanter Arbeiten nicht in Angriff genommen werden. Das Einwanderungsverbot hat die Einwanderer, die bereits auf dem Wege nach Palästina waren, in eine schwierige Lage gebracht. Die Regierung hat beschlossen, sofort eine kleine Zahl von Einwanderern, — 1500 — die bei Erlassung des Verbotes bereits auf dem Wege waren, ins Land hineinzulassen. Sobald diese Chaluzim untergebracht und vom Lande absorbiert sein werden, wird

zusammen mit den Zionisten vorgeschlagen werden, nochmals so viel Einwanderer hineinzulassen, die in der Industrie und der Landwirtschaft Beschäftigung werden finden können. Wenn die Bevölkerung diesen Plan der Regierung verstehen wird, werde die jetzige Agitation aufhören. Gleichzeitig müssen die Juden der ganzen Welt begreifen, dass es nicht in ihrem Interesse liege, dass eine grosse Zahl von Immigranten jetzt nach Palästina gelange, um dort Arbeit zu suchen. Es ist nicht wahr, dass eine grosse Zahl von Immigranten von kommunistischen Ideen angesteckt sind. Nach den Vorfällen in Jaffa hat man eine genaue Untersuchung vorgenommen und jene Nichtpalästinenser, von denen man wusste, dass sie bolschewistischen Ideen huldigen, wurden ausgewiesen; ebenso werden diejenigen, gegen die ein ähnlicher Verdacht vorliegt, nicht ins Land gelassen werden.

— Die „Morning Post" hatte als Beweis dafür, dass die Juden an den Unruhen von Jaffa die Schuldigen seien, zu melden gewusst, dass in einem jüd. Hotel in Jaffa, eine grössere Menge von Dynamit gefunden worden sei. Der Internationale Palestine Jewish Service hat nun ein Telegramm aus Jerusalem erhalten, wonach diese Behauptung der „Morning Post" unrichtig ist. Das Dynamit, das sich in diesem Hotel befand, war Eigentum der palästinensischen Administration und war für die von der Kedem Baugesellschaft vorzunehmenden Sprengungen bestimmt.

— Laut der „Times" sind in den Vereinigten Staaten bereits zirka 23 Millionen Franken gesichert worden für den Bau der hebräischen Universität in Jerusalem, ein Viertel des Betrages allein infolge der Bemühungen Prof. Einsteins.

Amerika.

— Das Sechserkomitee („J.P.Z." Nr. 148) hat bereits die Einwanderungsquoten für den Juni festgesetzt. Die veröffentlichte, noch nicht vollständige Liste lautet: England 5923, Norwegen 930, Schweden 1531, Dänemark 433, Holland 276, Belgien 119, Luxemburg 7, Frankreich 437, Schweiz 287, Deutschland 5219, Danzig 22, Finnland 298, Oesterreich 571, Rumänien 569 und Russland 2627.

— Auf dem letzten Meeting des Joint Distribution Committee wurde beschlossen, dass alle 3 Reliefkomitees, Jewish, Central und People, demnächst mit der Sammelkampagne für den 14 Millionen Dollarfonds beginnen sollen, der für Wiederaufbauzwecke bestimmt ist. Diese Sammlung wird auf Aufforderung von Warburg eingeleitet, der aus Europa in einem Kabel auf die Wichtigkeit der Fortsetzung der Geldsammlungen hingewiesen hat.

— Wie Weizmann auf der Jahreskonvention erklärte, sei er bereits im Stande an Samuel zu telegraphieren, dass er in der Lage ist, 100,000 Pfund zu hinterlegen für die Gründung einer Agrarbank in Palästina. Es sei dies die Frucht seiner bisherigen Arbeit, allerdings nur der Anfang.

Erez Israel — Palästina.

— Die Exekutivkomitees Hapoel Hazair und Zeire Zion haben in einer gemeinsamen Sitzung gegen die Erklärungen Samuels Stellung genommen und fordern die Juden der ganzen Welt auf, zur Abwehr dieses Angriffes, durch den ein beträchtlicher Teil der palästinensischen Judenheit als Fremde behandelt werden soll, sich zusammenzuschliessen. Alle Zionisten müssen ihre ganze Energie auf das wahre Ziel der Bewegung konzentrieren, u. zw. auf Schaffung solcher ökonomischer Bedingungen, die gestatten würden, im Laufe der kommenden Jahre 100,000 Juden nach Palästina zu bringen. Das Grosse A. C. müsse alle Mittel in Betracht ziehen, die zur landwirtschaftlichen Ansiedlung der bereits in Palästina arbeitenden Arbeiter führen; es muss trachten, bessere Möglichkeiten für eine ausgedehnte Kolonisierung zu sichern und einen Weg zu einer Verständigung mit der arabischen Bevölkerung des Landes zu finden. Die Exekutive der jüd. Arbeiterorganisationen fordert all ihre Mitglieder in der Welt auf, eine zahlreiche Vertretung der zion. Arbeiterorganisationen auf den zusammentretenden Zionistenkongress vorzubereiten.

Die ausserordentliche Tagung des Zentralkomitees Hapoel Hazair-Zeire Zion fasste auch den Beschluss, auf dem Zionistenkongress mit den Poale Zion eng zusammenzugehen.

— Laut dem „Alif-Ba" sollen General Bols und Watson, die gegenwärtig Mitglieder der Gesellschaft zur Bekämpfung des Zionismus in London sind, demnächst in Palästina eintreffen, um die Abreise der arabischen Abordnung nach England zu erleichtern. Laut weiteren Meldungen der arabischen Presse ist auch Kapitän Zernton in besonderer Mission Allenbys in Jaffa eingetroffen, um Erhebungen über die wahren Ursachen der Unruhen zu pflegen. Die arabische Presse betont, dass die Zionisten nicht im Stande sein werden, auf Zernton irgendwelchen Einfluss auszuüben.

— Eine arabische Delegation unter Führung Mussah Kasim Pascha Husseinis soll sich demnächst in Ausführung des seinerzeitigen Beschlusses des arabischen Kongresses in Haifa nach London begeben, um die englische Oeffentlichkeit über die arabischen Forderungen aufzuklären.

— Zwei arabische Polizisten wurden wegen Teilnahme an den Jaffaer Ausschreitungen zu schweren Strafen verurteilt, einer zu zehn Jahren Zwangsarbeit, der jedoch während des Transportes mit der Eisenbahn entfliehen konnte und der andere wegen Vergewaltigung eines jüd. Mädchens zu 13 Jahren Zwangsarbeit.

— Die 700 jüd. Arbeiter Jaffas haben sich nach Gewerkschaften organisiert. Ein 15gliedriges Komitee soll zwischen der Arbeiterschaft in Jaffa und der allgemeinen Arbeiterorganisation Palästinas die Verbindung aufrechterhalten.

— Das Amtsblatt veröffentlicht ein Verzeichnis sämtlicher Rechtsanwälte in Palästina, die in drei Kategorien eingeteilt sind. 1) Rechtsanwälte, die sowohl bei den bürgerlichen als auch den religiösen Gerichten ihre Funktionen ausüben dürfen, 49 an der Zahl, darunter 4 Juden; 2) Rechtsanwälte, die nur bei den bürgerlichen Gerichten intervenieren dürfen, 40 an der Zahl, darunter 14 Juden und 3) Rechtsanwälte, die nur bei den religiösen Gerichten ihr Amt ausüben dürfen, 27 an der Zahl, alle muselmanische oder christliche Araber.

— Die Arbeiten am Haifaer Technikum wurden in Angriff genommen. Mit Hilfe der von Boris Goldberg zur Verfügung gestellten Anleihe von 1000 Pf. werden jetzt die Türen und Fenster eingesetzt. Auch Schweitzer hat 250 Pf. für das Technikum gespendet. Von Ussischkin und Naiditsch ist aus Amerika ein Telegramm eingelaufen, mit der Versicherung, ab Juli 5 Monate hindurch je 2000 Pf. monatlich für die Vollendung des Technikums zur Verfügung stellen zu können.

— Das Regierungskomitee für die Bekämpfung der Malaria wandte sich an die Hadassa mit dem Ersuchen, auch einen jüd. Arzt in das gebildete Komitee zu entsenden. Die Hadassa delegierte Dr. Kligler in dieses Komitee.

— Ausser Mejuches (s. „J.P.Z." No. 148) haben auch der Stadtpräsident von Tel-Awiw, Diesengoff, und der Präsident der Kolonienvereinigung in Judäa, Meirowitz, anlässlich der Feier des 3. Juni Auszeichnungen erhalten.

Schweiz.

— Wie die „Neue Berner Zeitung" berichtet, wird beabsichtigt, 100 Kosaken, Angehörige der ehemaligen Wrangelarmee, die sich als Flüchtlinge in Konstantinopel befinden, als landwirtschaftliche Arbeiter in die Schweiz aufzunehmen. Da der Bauernsekretär, Prof. Laur nicht verhehlt hat, dass die schweizerische Bauernsame vorerst ein gewisses Vorurteil gegen diese Fremden zu überwinden haben würde, ist zu hoffen, dass die Juden in der Schweiz vor diesen Pogromhelden, die sicherlich auch in der

Schweiz nicht unterlassen werden, ihre antisemitische Verhetzung und Pogromagitation zu führen, verschont bleiben werden.

— Zu dem am 26. und 27. Juni in Zürich (Kaufleuten) stattfindenden Delegiertentag der Schweizer Zionisten wurde von der zion. Exekutive in London Hillel Zlatopolsky, einer der Direktoren des Keren Hajessod, delegiert. Da Zlatopolsky zusammen mit Naiditsch nicht nur der Idee nach, sondern auch dem ganzen Plane und dessen Ausarbeitung nach als Schöpfer des Keren Hajessod betrachtet werden kann, wird er sicherlich am besten in der Lage sein, manche Zweifel und Bedenken, die der eifrigen Keren Hajessod-Propaganda in der Schweiz noch im Wege stehen, autoritativ zu zerstreuen und dazu beizutragen, dass auch die Judenheit der Schweiz wenn nicht ihren Maaser, so doch wenigstens einen Teil ihrer Schuld gegenüber dem noltleidenden jüd. Volke abträgt. Die Beratungen des Delegiertentages sind öffentlich und es steht zu erwarten, dass die Juden Zürichs fleissig die Gelegenheit ergreifen werden, den Beratungen als Zuhörer beizuwohnen und Aufklärungen über zahlreiche heute so aktuelle Fragen entgegenzunehmen.

— Unter dem Namen „Hakoah" wurde in Zürich ein jüd. Klub zur Pflege des Fussballsportes und der Leichtathletik auf einer von ca. 70 Personen besuchten Gründungsversammlung gebildet.

Schweizerischer Zionistenverband.
Union des Sionistes Suisses.

XXIV. Delegiertentag in Zürich
im Saal zur „Kaufleuten"

Erster Tag. Sonntag, den 26. Juni.

Vormittagssitzung. Beginn 10 ½ Uhr.

1. Eröffnungsansprache des Herrn Dr. S. Brunschwig, Präsident des S. Z. V.
2. Wahl des Tagesbureaus.
3. Palästina-Referat. (Dr. S. Brunschwig.)

Nachmittagssitzung. Beginn 14 ½ Uhr.

4. Keren Hajessod-Referat. (H. Zlatopolsky, Mitglied des Direktoriums des K.H.)
5. Diskussion und Beschlussfassung über die Referate.

Abendveranstaltung. Beginn 20 ½ Uhr.

Öffentliche Versammlung. Redner: H. Zlatopolsky, Dr. M. Schabad und Andere.
Eintritt: Saal Fr. 1.—; Gallerie 50 Cts.

Zweiter Tag. Montag, den 27. Juni.
im Thaleggsaal (Kaufleuten)

Vormittagssitzung. Beginn 8 ½ Uhr.

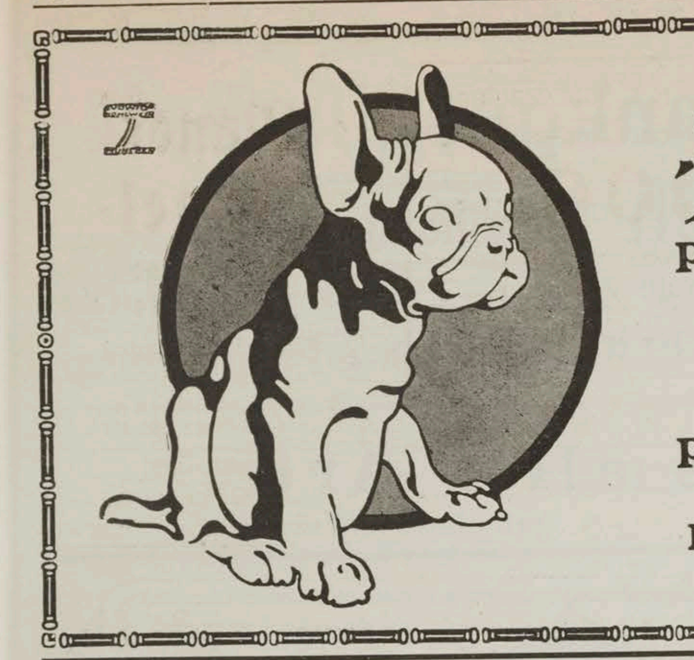
6. Bericht des C.C. und Kassabericht (Dr. S. Brunschwig.)
7. Bericht des Sekretariates und des Keren Hajessod (Dr. M. Schabad.)
8. Bericht des J.N.F. Kommissariates (Jacq. Marx).
9. Bericht des J.N.F. Sekretariates (Dr. M. Schabad).
10. Bericht der Bücherstelle.
11. Revisorenbericht.

Nachmittagssitzung. Beginn 14 Uhr.

12. Generaldebatte und Dechargeerteilung.
13. Neuwahlen.
14. Vorbereitung der Kongresswahlen.
15. Varia.

Sämtliche Sitzungen des Delegiertentages sind öffentlich. 

עברים! חשבו, קראו,
כתבו ודברו עברית

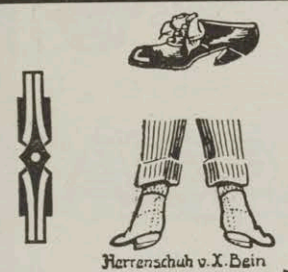


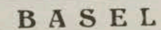
Rosenthal

PORZELLANE
GESCHIRRE
KUNST- und
LUXUS-
PORZELLANE

NIEDERLAGEN:
LUZERN, DAVOS,
ST. MORITZ.



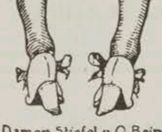




Mass-Schuh-Fabrikat.
A. Büche
Zürich VI. Ottikerstr. 35
Tel. H. 6765

1. Spezialist für umändern, vergrössern od. verkleinern v. Schuhen
Fabrikpreise





Damen Stiefel v. O Bein

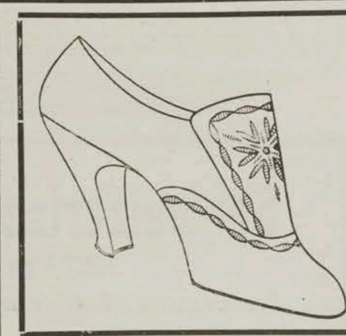
Verhütung u. Heilung nebenstehender Fusskrankheiten

BASEL



Hotel zum Storchen

Fein bürgerliches Haus
20 Billards .-· Orchester



Moderne Schuhe
für jeden Zweck

Schuhhaus
W. Jonas, Basel
Gerbergasse 27/29 Tel. 45

Feriensendungen

Obst, Gemüse, Südfrüchte, Delikatessen, Colonialwaren versenden prompt und zuverlässig

Bühler & Co.
Nachf. v. Rentsch & Co.
ZÜRICH Uraniastr. 14
Telephon Selnau 4237

Amerika

Passagiere (I., II. u. III. Klasse),
die nach Amerika zu reisen beabsichtigen, erhalten bereitwilligst u. kostenlos Auskunft über beste und vorteilhafteste Ueberfahrten, sowie betr. Preise und Pässe etc. von der
Schweiz. Generalagentur
Kaiser & Cie., Basel

Schuhhaus z. Siegfried

Inh. Sigmund Dreyfuss
Eisengasse 17 Basel
Solide und elegante
Schuhwaren
Stets Eingang v. Neuheiten





Tennis Rackets
Fr. 78.-, 75.-, 65.-, 57.-, 48.-, 36.-, 24-

Tennis Bälle
Dutzend Fr. 37.-, 35.-, 32.-, 30.-

Tennis Hosen
Fr. 20.-, 31.50, 40.-, 54.-, 67.50

Tennis Hemden
weiss Panama Fr. 16.-

Tennis Schuhe
Fr. 4.-, 5.50, 15.-, 20.- bis 50.-

Leder Gürtel
Fr. 3.50, 4.50, 5.50, 6.50

Alle übrigen
Tennis Artikel
zu billigen Preisen.

Sporthaus
Fritsch & Co.
Zürich, Bahnhofstr. 63

Das allgemeine jüdische Krankenhaus
„Schaare-Zedek" zu Jerusalem
bittet für seine Kranken
— Organisation rein europäisch —
— Isolierhäuser für Ansteckende —
Aufnahme unterschiedslos für Alle. Höchste Anerkennung aller Behörden, hält sich für gewissenhafte Uebernahme v. Stiftungen empfohlen
Briefe: Zentralbüro für jüd. Angelegenheiten Luzern
Geldsendungen: Postcheck-Konto Luzern VII 1096

Schweizerische Bankgesellschaft

45 Bahnhofstrasse **Zürich** Bahnhofstrasse 45

„zum Münzhof"

Depositenkasse: Römerhof-Zürich 7

Bankgeschäfte aller Art

Crowe & Co. Aktiengesellschaft
Internationale Transporte
in Basel, St. Gallen, Zürich, Chiasso, London, Manchester, Liverpool, Antwerpen, Paris, Marseille, Bordeaux, Dünkirchen, Straßburg, Mülhausen, Mailand, Rom, Genua und Como
empfehl. sich zur Uebernahme aller in ihr Fach einschl. Aufträge



Aktiengesellschaft

Leu & Co.

Aktienkapital Fr. 40,000,000

Zürich



Bankgeschäfte jeder Art
Beratung in allen finanziellen Angelegenheiten

Schweizerische Volksbank
ZÜRICH
Besorgung sämtl. kuranter Bankgeschäfte

HELVETIA
Schweiz. Unfall- und Haftpflicht-Versicherungs-Anstalt, Zürich 2, Bleicherweg 15

BANKHAUS
Julius Bär & Co., Zürich
kulante Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen

Advokatur-Bureau
Rechtsanwalt Wenger Zürich
Talstraße 39 (beim Paradeplatz) Tel. Seln. 4999



Von Mittwoch 22. Juni bis Dienstag 28. Juni 1921. Täglich von 2½-11 Uhr

Der glänzende deutsche Sensationsfilm
Die Flucht ins Jenseits.
Der fabelhafteste Sensations- u. Ausstattungsfilm der Gegenwart in fünf grossen Akten.

Das grosse amerik. Filmwerk
Der Goldgräber
(Um des Kindes willen)
Nach dem Roman von Ridgewell Cullum
Ein sensationelles Drama aus Alaska und New-York.
5 Akte. In der Hauptrolle:
ANNA Q'NILSSON

Finsternis
Lebende Illustration einer kommunistischen These:
„Die Frau als Allgemeingut".
Nur für Erwachsene.

BOX-MATCH
um die Europa-Meisterschaft:
Nilles gegen Journée
Ledoux gegen Dastillon.

Und das übrige Progr. u. a.
Das Pferderennen v. letzten Sonntag.

Beachten Sie
bitte im „Tagblatt" die Programme nebenstehender Lichtspieltheater:

Orient-Cinema
Haus du Pont
Central-Theater
Weinbergstrasse 13
Eden-Lichtspiele
Rennweg
Roland-Kino
Langstrasse

Cabaret Minerva Bern
Täglich zwei Vorstellungen
Nachm. 5–7 und Abends 8–10½ Uhr
PRIMA KAFFEE - ERSTKL. WEINE
Genfergasse 8 Telephon 3377

Seul Cabaret français à Berne
Inhaber: S. JAKOBSOHN. Direktion: FR. DUPERRET.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich